



Berlin, den 05.06.2025

WIR KLAGEN AN

Ein Appell für die Menschen in Gaza

Statement anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Gideon Sa'ar in Berlin

Wir klagen an: die Bundesregierung und Entscheidungsträger*innen, die durch Waffenlieferungen, diplomatische Deckung oder stillschweigende Duldung diesen Krieg ermöglichen und davon profitieren.

Wir klagen an: die israelische Regierung und all jene, die die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts ignorieren, als wären sie optional:

Den Schutz von Zivilist*innen,
das Verbot kollektiver Bestrafung,
das Recht auf Leben.

Wir klagen an: die systematische Missachtung der Vierten Genfer Konvention. Diese verpflichtet eine Besatzungsmacht, die Bevölkerung zu schützen, nicht die Menschen zu belagern, zu vertreiben oder zu töten.

Wir klagen an: die Blockade lebensnotwendiger Güter sowie den Entzug von Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Artikel 55 und 56 derselben Konvention.

Wir klagen an: die Zerstörung ziviler Infrastruktur und die gezielte Aushungerung der Bevölkerung. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs erkennt dies als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch wir benennen es als solches.

Wir klagen an: dass dieser Krieg zu einem Akt kollektiver Vernichtung geworden ist. Wenn Zivilist*innen keine sicheren Orte mehr haben, wenn Kinder an Dehydrierung und Kälte sterben, wenn ganze Familien unter Trümmern begraben werden, dann sprechen wir nicht mehr über „Verteidigung“. Angesichts der systematischen Anwendung solcher Kriegsstrategien sprechen wir von einem Genozid.

Wir klagen an: das systematische Versagen der internationalen Gemeinschaft. Das Wegschauen, die Duldung und die Akzeptanz dieses Krieges.

Wir klagen an: weil Schweigen Mittäterschaft bedeutet.

Wir klagen an: weil wir zu lange geschwiegen haben.

Wir klagen an: im Namen der palästinensischen Menschen, die nach Schutz und Hilfe suchen und nicht einmal das Recht haben, vor Bomben, Hunger, Durst und Kälte zu fliehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen, unbedingten Waffenstillstand, den uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe, den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß internationalem Recht, die strafrechtliche Verfolgung aller Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof einzusetzen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht zu demonstrieren und durch Boykott Protest auszudrücken, ist das einzige demokratische und friedliche Mittel, das Menschen haben, um sich gegen Krieg und Besatzung zu wehren.

Flüchtlingsrat Berlin
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
Afghanischer Stammtisch Schleswig-Holstein